

**Auslöser:** <https://projekte.sueddeutsche.de/paradisepapers/politik/lieber-tim-cook-e192382/>

Lieber Tim Cook

Der SZ-Chefredakteur schreibt einen offenen Brief an den Apple-Chef.

Von Wolfgang Krach - 07. November 2017



So 26.11.2017 18:17

arnd\_rueter <arnd\_rueter@web.de>

Offener Brief an Tim Cook - moralische Verantwortung der SZ

An 'wolfgang.krach@sueddeutsche.de'

**Anlagen:** (Anmerkung: Aktualisierung - die homepage war damals noch nicht auf dem Stand)

- [\[IG\\_K-MP\\_024\]](#) 20170303 – 20181222\_Rüter Kommunikation mit (besser) zu Süddeutschen Zeitung - in 1. Linie Heribert Prantl (Stand 20171125); vergeblicher Versuch den Heribert Prantl zur Wahrnehmung seiner Pflicht als "Vierte Gewalt" zu bewegen
- [\[IG\\_K-MP\\_025\]](#) *Rüter an Süddeutsche Zeitung Investigativ-Journalisten\_Hans Leyendecker\_Thomas Oechsner*  
*betreff: "Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland"*  
mit den dortigen Anlagen
- [\[IG\\_S01\]](#) 20170821\_Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
- [\[IG\\_K-KK\\_001\]](#) 20031105\_VdAK/AEV an GDV bzgl Beitragspflicht von Kapitaleistungen der bAV infolge GMG (KOMMENTAR GMG-Geschädigte) (unkommentiert [\[IG\\_O-KK\\_004\]](#))
- [\[IG\\_K-VG\\_0000\]](#) 20170426\_(empfangen 20170428)\_BVerfG Kirchhof an Bundestagsabgeordneten Binding SPD\_Rapport Kirchhof an Binding über seine "Abfertigung" von Verfassungsbeschwerden zum Thema "Direktversicherungen"
- [\[IG\\_K-VG\\_2317\]](#) 20170528\_Schreiben an Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde und zur Pressemitteilung PM 35/17  
Beschreibt an Fall 1 wie der Vizepräsident bei konkreten Verfassungsbeschwerden Rechtsbeugung und Verfassungsbruch begeht; enthält zudem den Nachweis, dass alle Richter des Ersten Senats Rechtsbeugung betreiben, um sich über „Gesetz und Recht“ (Art. 20(3) GG) zu stellen.  
auch unter: Replik des Dr.R. an Kirchhof BVerfG wg. Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung  
(<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434>)
- [\[IG\\_K-VG\\_0004\]](#) (im Stand vom 11.08.2017)  
Achtung: In anderen Texten wurden ggf. frühere Versionen referenziert, die aber nicht alle gelistet werden, da sie nicht andere, sondern nur weniger Informationen gegenüber dem aktuellen Stand hatten.  
[\[IG\\_O-VG\\_xxxx\]](#) alle seit Beginn der kriminellen Rechtsprechung bis ca. 2017  
Liste Verfassungsbeschwerden zur Rechtssache GMG und die Vorgeschichte der Klagen bei den Sozialgerichten
- (3. Anlage: [20171026\\_Gedanken über ein mögliches Vorgehen.pdf](#)  
inkl. [Gerichte\\_Dokumentenaustausch\\_\(v7\\_20171014\).pdf](#) hier weggelassen, unwichtig geworden

Dr. Arnd Rüter  
Haydnstraße 5  
85591 Vaterstetten  
Tel. 08106 32754  
Email [arnd\\_rueter@web.de](mailto:arnd_rueter@web.de)

Einschreiben/Rückschein

Vorabinformation an  
[wolfgang.krach@sueddeutsche.de](mailto:wolfgang.krach@sueddeutsche.de)

Wolfgang Krach  
- **persönlich** -  
c/o Süddeutsche Zeitung Chefredaktion  
Hultschiner Straße 8  
81677 München

**Betreff: Offener Brief an Tim Cook – moralische Verantwortung der SZ**

Vaterstetten, 25.11.2017

Sehr geehrter Herr Krach,

Sie schreiben am 10.11.2017 als „Chefredakteur der führenden überregionalen Zeitung in Deutschland“ in Ihrem Offenen Brief „Ihr Verständnis von Demokratie?“ an Tim Cook:

- Apple habe eine „moralische Verantwortung“
- Es gäbe „Informationen, die das Bild von Apple trüben, das Sie [Tim Cook] gerne zeichnen“
- „Auf Fragen, die wir [...] gestellt haben, haben wir von Apple keine oder allenfalls schmallippige Auskünfte erhalten. Warum?“
- „Welches Verständnis von Demokratie steckt hinter der Frage“ [von Apple nach Steuerbefreiung in einem Land]
- „Eine Menge Fragen, auf die wir [...] bislang keine Antworten erhalten haben“
- „Apple macht für sich geltend, ein transparentes Unternehmen zu sein. Wenn dem so ist, gibt es doch keinen Grund, weiterhin zu schweigen, oder?“

Herr Prantl hat seit dem 03.03.2017 immer wieder detaillierte Informationen zu dem (nach unserer Meinung) größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seit Bestehen der Bundesrepublik bekommen. Er hat alles konsequent mit totaler Ignoranz quittiert. Da Sie sicher nicht über den ganzen Ablauf informiert sind, in der Anlage\_1 die Zusammenstellung der höchst einseitigen Kommunikation (auf die wiederholte Aufnahme aller der SZ vorliegenden Anlagen verzichte ich in diesem Dokument).

Bei der Suche nach der Ursache des Aussitzens stellt man fest, dass Herr Prantl, noch zwei Monate bevor das Bundessozialgericht mit einem ersten rechtsbeugenden und verfassungswidrigen Urteil die Grundlage zur Kriminalisierung sämtlicher mit Beitragsrecht befasster Sozialgerichte der Bundesrepublik Deutschland legte, in einem Artikel (*Juristen - Ein Spezial der Süddeutschen Zeitung zur Zukunft der Justiz - SZ Nr. 81, 06.04.2006, Seite 28*) feststellte:

*„Diese richterliche Unabhängigkeit ist die Quelle für das Funktionieren der Justiz. Sie führt zum Beispiel dazu, dass das Kalkül der Parteien, Entscheidungen des Verfassungsgerichts seien berechenbar und beeinflussbar, wenn sie nur „ihre“ Richter nach Karlsruhe schicken, sehr oft nicht aufgeht. [...] Der 97. Verfassungsartikel ist das Rückgrat der dritten Gewalt. Es muss viel aushalten, aber es funktioniert noch.“*

Ich glaube nicht, dass Herr Prantl nicht in der Lage wäre, diese extrem blauäugige Sichtweise zu korrigieren. Es dürfte vielmehr so sein, dass er diese Sichtweise nicht korrigieren will. Die Frage stellt sich schon, warum aus der mir ins Angesicht gegebenen Zusage von Heribert Prantl „Sie bekommen auf jeden Fall eine Antwort“ so übergangslos „aussitzendes Schweigen“ geworden ist. Kann es sein, dass Herr Heribert Prantl in Wirklichkeit eine ganz andere Agenda verfolgt und die Erfüllung seines Jugend-wunsches, eine Berufung in den Klub der „verfassungsrichterlichen Götter“, träumt? Sich diesem Ziel schreibend auf die eine (SZ 16.08.2017 H.P. Geldpolitik – Die Richter und ihre Richter) oder andere (SZ 10.07.2012 H.P. Der Verfassungsschützer) Weise zu nähern versucht er ja schon lange.

Mir persönlich ist jedenfalls ein klar zuzuordnender krimineller Bundesverfassungsrichter Kirchhof lieber, als jemand, der nicht müde wird in der Öffentlichkeit seinen Kampf für den Erhalt der Demokratie vorzuführen, aber dann, wenn es wirklich ernst wird, zu verstehen gibt „so war es ja nun auch nicht gemeint, es ist eher eine Art Geschäftsmodell“.

Sie haben per Email am 30.08.2017 zusammen mit Kurt Kister, Heribert Prantl und Stefan Plöching „Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ erhalten (Anlage\_2), die wir an 15 überregionale Zeitungen (inkl. Spiegel und Stern), 90 deutsche Regionalzeitungen mit einer Auflage von über 40.000 sowie die Landesrundfunk-/fernseh-Anstalten der ARD, die ARD und das ZDF gesendet haben. Wiederum war keinerlei Reaktion zu verzeichnen. Falls Sie überhaupt auf diesen vorliegenden Brief antworten werden und dann auf die Ausrede verfallen möchten „Sie könnten ja nichts machen, wenn Ihr juristischer Spezialist Prantl, die Sache für nicht beachtenswert befundet“, dann stelle ich vorbeugend fest: Herr Prantl hat überhaupt nichts befunden und zur Bewertung der Sachlage braucht es keinerlei juristische Kenntnisse, ein gesunder Menschenverstand ist völlig ausreichend (zur Begründung als Anlage\_3 anbei „Gedanken über ein mögliches Vorgehen“, die wir an andere Zeitungen gesandt haben).

Nochmals eine andere sehr (sträflich) kurze Darstellung des Sachverhalts:

*Die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder hatte es durch unfähige Politik geschafft die Sozialkassen in 3 Jahren zu leeren. Dann ist man 2003 nicht auf eine geänderte Politik verfallen, sondern hat zusammen mit den Lobbyisten der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossen sich das Geld bei den Rentnern zu holen, weil die sich nicht wehren können. Die Idee war, die Kapitalerträge aus Kapitallebensversicherungen der Beschäftigten bei Auszahlung (Privateigentum) rechtsbeugend in "Betriebliche Renten" "umzudefinieren" und darauf Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu erheben. Die dafür erforderlichen Änderungen im SGB hat man in einer Nacht und Nebel Aktion am Parlament vorbei gebastelt (Ulla Schmidt, Horst Seehofer,... es waren auch einige Vertreter aus Landesregierungen dabei). Allesamt waren dies Vertreter der Parteien oder der Exekutive und hatten kein Recht Legislative/Gesetzgeber zu spielen. Das Parlament hat ahnungslos alles abgenickt (bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen), was ihm über Nacht untergeschoben worden ist. Das Gesetz (GMG) ist also verfassungswidrig entstanden. Die Gesetzesänderungen zum 1.1.2004 allein reichten aber für die Durchführung des staatlich organisierten Betrugs nicht aus. Deshalb wurde der in Rente gehende Vorsitzende Richter des 12. Senats des Bundessozialgerichts durch einen der SPD genehmen ersetzt (Ausnutzung der politischen Einflussnahme des deutschen Richterwahlgesetzes). Dieser hat für eine Reihe von rechtsbeugenden Urteilen in 2006 gegen klagende Rentner in dieser Sache gesorgt. Mittlerweile berufen sich sämtliche mit Beitragsrecht befassete Sozialgerichte (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, das Bundessozialgericht) auf diese rechtsbeugenden Urteile als sogenannte "höchstrichterliche" Rechtsprechung - das ist Rechtsbeugung (Straftatbestand mit mindestens 1 Jahr Haft) und Verfassungsbruch (Art. 97, 103 (1)). Auch das hätte noch nicht zur Durchsetzung des Betrugs gereicht, denn es gibt noch das Bundesverfassungsgericht. 3 Richter aus dessen Erstem Senat haben aber unter Christine Hohmann-Dennhardt (Vorsitz, offensichtlich von der SPD dort hingehievt), Ferdinand Kirchhof, Reinhard Gaier in 2008 das wesentliche rechtsbeugende Urteil des Bundessozialgerichts von 2006 inhaltlich und in Teilen sogar wörtlich abgeschrieben. Der Beschluss des Verfassungsgerichtes ist inhaltlich und durch den Beschluss, dem BSG das Recht auf selbständiges Umdefinieren des Rechts (Rechtsbeugung) nachträglich zuzugestehen, Verfassungsbruch. Anschließend wurden unter dem Vorsitz Kirchhof noch zwei weitere verfassungswidrige Beschlüsse gefasst, um den staatlich organisierten Betrug endgültig zu zementieren. "Ganz zufällig" wurde Kirchhof in 2010 zum Vizepräsidenten gekürt. Seitdem plant der 1. Senat unter seinem Vorsitz jährlich, sämtliche Verfassungsbeschwerden zu dem GMG-Thema Herrn Kirchhof höchst selbst zur "Bearbeitung" zuzuschieben, um sie dann "ohne Begründung abzulehnen". Nach gesetzlicher Regelung sind diese Verfassungsbeschwerden aber vom Zweiten Senat (unter Voßkuhle) zu bearbeiten. Herr Voßkuhle weiß von alledem, aber er sitzt es einfach aus. Das ist wiederum Rechtsverweigerung und Verfassungsbruch auch durch Voßkuhle. Mittlerweile sind die über 6 Millionen betroffenen Rentner um über 21 Milliarden bestohlen worden. Die Politik (Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen), Exekutive, Legislative) beruft sich permanent auf die Verfassungsgerichtsbeschlüsse, wohl wissend, dass diese verfassungswidrig sind, und wollen nicht auf die über 2 Milliarden Diebesgut jährlich verzichten. Die FDP hat zwar immer mal dagegen gemault, aber jede Chance etwas dagegen zu tun, konsequent ausgelassen. Die Durchsetzung dieses staatlich organisierten Betrugs ging und geht also nicht nur einher mit der Kriminalisierung der bundesdeutschen Sozialgerichtsbarkeit, sondern auch mit einer Kriminalisierung des obersten deutschen Gerichts. Die Bundesverfassungsrichter missachteten nicht nur die Verfassung und das eigens für sie geschaffene Bundesverfassungsgerichtsgesetz, sondern verletzen auch strafrechtlich relevante Paragraphen und gehören streng genommen (wenn man die Gesetze ernst nehmen würde) hinter Gitter.*

*Oder: Der Skandal ist die Kriminalisierung der Judikative bis hinein ins Verfassungsgericht auf Betreiben der etablierten politischen Parteien, um die politische Unfähigkeit zu einer sozialen Gesetzgebung, die trotzdem unter Kosten/Nutzen-Gesichtspunkten funktionieren würde, zu kaschieren. Und wie immer: genommen wird es von denen, die für ihr Geld arbeiten mussten.*

*Oder: ein paar Hundert Machtgeile in der Politik (Parteien, Exekutive, Legislative) und in staatlichen Organisationen (Judikative) können unsere Demokratie kaputt machen. Sie können nicht nur, sie tun es auch.*

Und diese bis ins Detail beweisbaren Zustände befinden Sie und Ihre Chefredaktionskollegen der Süddeutschen Zeitung nicht der Erwähnung in der Presse wert? Sie sind bedeutender Vertreter der 4. Gewalt und sehen es nicht als Ihre Aufgabe an, sich für die Wiederherstellung unserer bundesrepublikanischen Demokratie einzusetzen? Die AfD und ihre Anhänger erheben lautstark den Vorwurf der „Lügenpresse“; welche harte Behauptung. Aber wäre es nicht zumindest der Diskussion wert, ob ein Unterdrücken der Berichterstattung über solche skandalöse Zustände in unserem Staat mit der damit verbundenen indirekten Aussage „so ist es gewiss nicht“ auch als eine Form der Lüge zu werten ist?

Mit welchem Recht heben Sie den moralischen Zeigefinger gegenüber Apple? Fangen Sie doch mit der Weltverbesserung bei sich selbst an. Es lässt sich so trefflich investigative Recherche betreiben, schön weit weg, in Panama oder gar im „paradise“. Und so richtig ernst kann da ein Echo für die Zeitung ja auch nicht werden. Wenn das Ubel aber nicht mehr zu recherchieren ist, sondern vor der Haustür liegt und den Himmel stinkt, dann breiten wir lieber den Mantel des Schweigens darüber. Könnte es sein, dass die Brisanz des Themas und das mögliche Echo von Machthabenden aus den politischen Parteien und der Judikative Ihre Courage zu Null werden lässt?

Ich kann es auch mit Ihren Worten zusammenfassen:

- Die Süddeutsche Zeitung hat als führende überregionale Zeitung in Deutschland auch eine moralische Verantwortung
- Die Nichtreaktion seit März 2017 trübt das Bild von der Süddeutschen Zeitung, das Sie und Ihre Kollegen gerne zeichnen
- Auf unsere Informationen und das fortlaufende Angebot zu deren Detaillierung und zum Beweis jeder Einzelaussage haben wir nicht einmal schmallippige Auskünfte erhalten. Warum?
- Welches Verständnis von Demokratie steckt hinter diesem Verhalten?
- Sie haben eine Menge sehr ernstzunehmender Feststellungen erhalten, auf die wir bisher keine Reaktionen bekommen haben
- Die Süddeutsche Zeitung macht für sich geltend, investigativen Journalismus zu betreiben, an der Aufklärung von Skandalen mitzuwirken und sich als 4. Gewalt für die Kontrolle des Staates und öffentlicher Institutionen einzusetzen. Wenn dem so ist, gibt es doch keinen Grund, weiterhin zu schweigen, oder?

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Arnd Rüter

Anlagen:

- 1\_20171125\_Kommunikation mit SZ Prantl 3.3.-30.8.2017.pdf
- 2\_20170830\_Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.msg
- 3\_20171026\_Gedanken über ein mögliches Vorgehen.pdf inkl. Gerichte\_Dokumentenaustausch\_(v7\_20171014).pdf